

Substanzielles Protokoll 96. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 17.00 Uhr bis 19.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Janine Rutz

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------|---|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 8. | <u>2011/345</u> | Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012 | FV |
| 21. | <u>2011/449</u> ** | Beschlussantrag der AL-Fraktion vom 07.12.2011:
Information der Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe zur
Ergreifung des Gemeindereferendums gegen die kantonale
Steuergesetzrevision | - |
| 22. | <u>2011/450</u> A | Postulat der AL-Fraktion vom 07.12.2011:
Volle Ausschöpfung des budgetierten Betrags für die Lohn-
massnahmen 2012 | FV |
| 28. | <u>2011/456</u> A | Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom
07.12.2011:
Begrenzung der Lohnsumme während 5 Jahren auf den Wert
des Budgets 2012 | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung:

Dr. Ueli Nagel (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Budgetdebatte im Gemeinderat.

Mauro Tuena (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Budgetdebatte im Gemeinderat.

G e s c h ä f t e

2094. 2011/345

Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 95 vom 14.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

Antrag 005.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP) möchte sich den Vorwurf nicht gefallen lassen, dass die Rechte alles wegsparen wolle. Er bemerkt, dass nur wenige Budgetanträge der SVP eine Position auf Null kürzen wollten. Die davon betroffenen Positionen wiesen zudem entsprechende Wachstumsraten auf. Dem ewigen Ausgabenwachstum müsse Einhalt geboten werden, darüber seien sich die bürgerlichen Parteien zumindest auf dem Papier einig. Schliesslich beantrage die SVP hier lediglich die Rückkehr zum Niveau des Budgets 2011. Immerhin sei es anscheinend möglich gewesen, mit dem entsprechenden Betrag auszukommen. Zudem müsse eine Trennung zwischen dem Wünschbaren und dem Nötigen stattfinden, auch bei den IT-Leistungen Dritter.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat sich intensiv mit den Informatikdienstleistungen auseinandergesetzt. Daher stimmt eine Mehrheit der Kommission einer Kürzung des Kontos 3089 von 3 Mio. Franken zu. Uns erscheint es sinnvoll, mehr Leistungen stadintern zu erbringen, anstatt sie an Dritte auszulagern. Der Kürzungsantrag der SVP für über 13 Mio. Franken ist jedoch eine halsbrecherische und schädliche Übung, die von der Mehrheit der Kommission abgelehnt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Für die SVP ist unbestritten, dass es für gewisse Informatikprobleme externe Experten benötigt. In diesem Zusammenhang erinnere ich aber an ein Informatikprojekt, mit dem 3 Mio. Franken in den Sand gesetzt wurden und bei dem Stadtrat Martin Waser Mitte dieses Jahres gezwungen war, die Notbremse zu ziehen. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir durchaus realistisch, diesen Budgetposten um 13 Mio. Franken zu kürzen. Ich bin zudem der Ansicht, dass die Dienstabteilung Organisation und Informatik (OIZ) über genügend gute Fachleute verfügt.

Walter Angst (AL) wirft der SVP vor, die Augen vor der Realität zu verschliessen, wenn sie alleine bei der OIZ 7 Mio. Franken einsparen wolle. In der Kommission sei nämlich genau erklärt worden, dass bei der Paketierung der städtischen Arbeitsplätze sehr viel auf externe Experten zurückgegriffen werden müsse, da das OIZ selbst zu wenig Personal dafür habe. Zudem würden 2012 die beiden Rechenzentren in Betrieb genommen, was einen sehr grossen Aufwand mit sich bringe. Auch erinnere er daran, dass das OIZ seine Ausgaben bereits selbst gekürzt habe. Das sei aus dem Bericht der Finanzkontrolle ersichtlich.

Er halte es für verantwortungslos, zu behaupten, auch mit einer Kürzung von 13 Mio.

Franken sei ein reibungsloser Betrieb immer noch möglich. Vielmehr müsse die IT stabilisiert und geprüft werden, wie das Ausgabenwachstum unter Kontrolle gebracht werden könne. Aus diesem Grund erteile er auch den anderen Minderheitsanträgen zu dieser Position eine Absage.

Mauro Tuena (SVP) möchte wissen, was denn in diesem Jahr wegen der Budgetkürzung schief gelaufen sei. Bei den entsprechenden Rückfragen habe es keine Bemerkungen zu Projekten gegeben, die deswegen nicht hätten durchgeführt werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

STR Martin Vollenwyder verteidigt Ausgaben für die IT-Leistungen. Er erinnert daran, dass es bei der Inbetriebnahme der beiden neuen Rechenzentren Doppelspurigkeiten geben werde, da die alten nicht einfach von heute auf morgen abgeschaltet werden könnten. Zudem habe man von sich aus bereits 5 Mio. Franken gekürzt. Auch treffe der Kürzungsantrag der SVP das OIZ mit 7,5 Mio. Franken am härtesten. Er bittet um die Ablehnung des Antrags.

005.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		13'341'600	-13'341'600	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
			Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Beträge gemäss Budget 2011
Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

Konto 3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter

Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	1'500	-	1'500	-
1030	Vormundschaftsbehörde	1'100'000	-	590'000	510'000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	45'000	-	9'000	36'000
1500	Präsidiatdepartement Zentrale Verwaltung	30'000	-	10'000	20'000
1501	Kultur	110'000	-	62'200	47'800
1505	Stadtentwicklung	2'000	-	1'000	1'000
1530	Bevölkerungsamt	5'000	-	5'000	-
1560	Statistik Stadt Zürich	1'200'000	-	1'200'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidiatdepartement	5'000	-	5'000	-
1565	Stadtarchiv	122'000	-	122'000	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	22'000	-	2'000	20'000
2015	Finanzverwaltung	320'000	-	35'000	285'000
2021	Liegenschaftenverwaltung	660'000	-	29'000	631'000
2080	Organisation und Informatik	26'455'100	-	7'542'600	18'912'500
2506	Blaue Zonen	35'000	-	27'000	8'000
2520	Stadtpolizei	2'304'800	-	343'200	1'961'600
2525	Stadtrichteramt	527'000	-	73'000	454'000
2550	Schutz und Rettung	3'380'300	-	2'385'000	995'300
2555	Dienstabteilung Verkehr	102'000	-	30'000	72'000
3026	Altersheime der Stadt Zürich	490'000	-	177'200	312'800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	95'000	-	3'000	92'000
3515	Tiefbauamt	500'000	-	160'000	340'000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1'358'900	-	236'400	1'122'500
4015	Amt für Städtebau	400'000	-	35'000	365'000
4540	Verkehrsbetriebe	542'500	-	213'000	329'500

5000	SSD Zentrale Verwaltung	148'100	-	23'500	124'600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	77'500	-	16'000	61'500
5520	Laufbahnenzentrum	143'000	-	5'000	138'000
Total Kürzung				13'341'600	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 25 Stimmen zu.

BEHÖRDEN- UND GESAMTVERWALTUNG

Gemeinsame Behandlung der Anträge 006. und 007.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Niklaus Scherr (AL): *Es war eine Premiere, als der Gemeinderat im Herbst des letzten Jahres das Gemeindereferendum gegen den Kantonsratsentscheid zur Änderung der Unternehmensbesteuerung ergriffen hat. Hauptpunkt der Vorlage war die faktische Abschaffung der Besteuerung des Eigenkapitals der Firmen. Hauptleidtragende davon ist die Stadt Zürich. Bei einer Annahme der Vorlage würde dies einen jährlichen Steuerausfall zwischen 30 und 40 Mio. Franken nach sich ziehen.*

Nun stellt sich aber die Frage, wie der Gemeinderat in der Abstimmung seinen Beschluss optimal umsetzt. Dafür sollen aus unserer Sicht im Budget 2012 20 000 Franken eingestellt werden, mit denen eine Informationskampagne durchgeführt werden kann. Mit dem Beschlussantrag wird aber offen gelassen, ob dafür Geldmittel eingesetzt werden müssen. Vielmehr ist die Rede von geeigneten Massnahmen.

Ich gebe zu bedenken, dass es sehr umstritten ist, wie weit sich ein öffentliches Gemeinwesen in eine Abstimmung einmischen darf und soll. Das Bundesgericht vertritt die Meinung, dass dies zulässig sei, wenn die Gemeinde im hohen Masse spezifisch davon betroffen ist. Der von uns beantragte Betrag entspricht etwa einem Viertel dessen, was kleinere Gemeinden mit dem Segen des Bundesgerichts bisher ausgegeben haben. Staatspolitisch spricht daher meines Erachtens nichts gegen diesen Betrag.

Dr. Urs Egger (FDP) *ist der Ansicht, dass es für das Gemeindereferendum keine zusätzlichen Mittel brauche, denn es gebe genügend bereits bekannte Instrumente, die bei einer Volksabstimmung eingesetzt werden könnten. Die Information sei zudem in den Augen der FDP nicht notwendig. Daher lehne die FDP auch den Beschlussantrag ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Die SVP unterstützt die Haltung der FDP. Ich finde es schwierig, dass sich die AL über Einnahmeausfälle bei den Steuern der Banken beklagt und gleichzeitig die gewaltsame Abschaffung des Bankgeheimnisses unterstützt, was ungleich mehr Steuerausfälle nach sich ziehen wird.*

Severin Pflüger (FDP) *äussert sich zum Beschlussantrag, der das Büro des Gemeinderats und die Parlamentsdienste damit beauftrage, die Gründe für das Gemeindereferendum in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Im Zusammenhang mit dem Referendum haben sich Kompetenz und Aufgabe des Gemeinderats mit seiner Zustimmung erschöpft. Die Stadt Zürich als Gemeinde habe das Referendum ergriffen. Daher sei es nun auch ihre Sache, ihre Meinung im Abstimmungsmagazin des Kantons kundzutun. Das bedeute, dass der Stadtrat diese Aufgabe wahrnehmen werde, da er über die dafür nötige Sachkompetenz verfüge. Dies bedeute aber nicht, dass sich die Gemeinderäte zu dieser Thematik nicht auch öffentlich äussern dürften.*

Daniel Meier (CVP): Wir haben den damaligen Beschlussantrag nicht unterstützt, da wir der Meinung sind, dass dies Aufgabe des Kantons ist. Daher werden wir in diesem Zusammenhang auch den Antrag für zusätzliche Mittel ablehnen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir haben den damaligen Beschlussantrag nicht unterstützt, da auch wir der Meinung sind, dass dies Aufgabe des Kantons ist. Daher werden wir den Antrag für zusätzliche Mittel ablehnen.

Christoph Spiess (SD) findet es grundsätzlich problematisch Steuergelder für Abstimmungskämpfe zu verwenden. Es gebe aber Situationen, wo dies aus seiner Sicht zulässig sei. Zudem gelte es zu beachten, dass in diesem Fall die «Artillerie der Kassenschränke» aufgefahren werde, um das Referendum zu bekämpfen.

Aus diesem Grund halte er den bescheidenen Betrag von 20 000 Franken für legitim. Vielmehr befürchte er, dass es schade um dieses Geld sei, da damit keine griffige Kampagne durchgeführt werden könne. Wenn man schon etwas machen wolle, müsse man es auch richtig machen. Daher würden die Schweizer Demokraten der Mehrheit und dem Beschlussantrag zustimmen.

Niklaus Scherr (AL): Wenn die Verfassung den Gemeinden diese Referendumsmöglichkeit schon bietet, bin ich der Meinung, dass man der Öffentlichkeit entsprechend Rechenschaft ablegen muss bzw. ihr die Gründe für die Ergreifung des Referendums darlegen sollte. Sicher wird im Abstimmungsmagazin die Meinung des Gemeinderats abgedruckt. Schliesslich hat er das Referendum ergriffen und nicht der Stadtrat. Ich hoffe natürlich, dass der Stadtrat sich dem gemeinderätlichen Standpunkt anschliessen wird.

Der Kantonsrat hat zudem einen Tabubruch begangen, indem er entgegen dem Antrag der Regierung den Verzicht auf die Besteuerung des Eigenkapitals in die Vorlage aufgenommen hat. Schliesslich hat der Zürcher Regierungsrat immer wieder auf die starke Abhängigkeit der Stadt von den Steuern der juristischen Personen verwiesen und bei Steuergesetzrevisionen auch darauf Rücksicht genommen. Die Gegner der Verwendung von Staatsgeldern bitte ich, wenigstens dem Beschlussantrag zuzustimmen. Das wäre das Minimum. Denn es ist halbpätzig, einen Entscheid zu fällen, aber nicht umzusetzen.

S. 089	10 1005 3106 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Amtliche Publikationen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat				140'000	Minderheit Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
				20'000	160'000	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Information Bevölkerung über Gemeindereferendum gegen die Unternehmenssteuerrevision

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 63 Stimmen ab.

2107. 2011/449

**Beschlussantrag der AL-Fraktion vom 07.12.2011:
Information der Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe zur Ergreifung des
Gemeindereferendums gegen die kantonale Steuergesetzrevision**

Niklaus Scherr (AL) begründet namens der AL-Fraktion den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 2052/2011).

Dr. Urs Egger (FDP) stellt den Ablehnungsantrag.

Wortmeldungen siehe Antrag 006.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 61 gegen 59 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Das Büro des Gemeinderats und die Parlamentsdienste werden beauftragt, im Hinblick auf die Abstimmung über das Gemeindereferendum gegen die kantonale Steuergesetzrevision (GR 2010/342) geeignete Massnahmen zu planen, um die Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe zu informieren, die den Gemeinderat zum Ergreifen des Referendums bewogen haben.

Mitteilung an das Büro des Gemeinderats

2094. Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Bruno Amacker (SVP) weist darauf hin, dass bei der Behandlung der Rechenschaftsberichte der Ombudsstelle festgestellt worden sei, dass sie sich vielfach um Dinge kümmere, die sie eigentlich gar nichts angehen. Für ihn mache es den Eindruck, als seien einige der Mitarbeitenden unterbeschäftigt, eine andere Erklärung habe er dafür nicht. Aus diesem Grund müsse dort Personal abgebaut werden. Für den eigentlichen Auftrag sei dann immer noch genügend Personal vorhanden.

Rebekka Wyler (SP): Auch die RPK hat sich nach dem geplanten Stellenausbau erkundigt. Offensichtlich soll eine zusätzliche 50 Prozent-Verwaltungsstelle geschaffen werden, dies aufgrund des stark angewachsenen Arbeitsvolumens. Die Ombudsstelle erachten wir als sehr wichtig, da sie die Stellung der Bürgerin und des Bürgers gegenüber der Verwaltung stärkt. Dementsprechend lehnt eine Mehrheit der RPK den Streichungsantrag der SVP ab.

S. 093	10 1010 3010 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Beauftragte/r in Beschwerdesachen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
008.	Antrag Stadtrat			454'300	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		124'000		330'300	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: 1 Stelle streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 009.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die jüngste Vergangenheit zeigt, dass der Stadtrat den Freien Kredit aufs Übelste missbraucht hat, indem er Institutionen und Anlässe mit zusätzlichen hunderttausenden von Franken unterstützt hat, nebst den bereits im Budget eingestellten Subventions- und anderen Beiträgen und im Widerspruch zu den vom Stadtrat selbst erlassenen Richtlinien. Der Stadtrat kann auch die Frage nach der geplanten Verwendung nicht beantworten. Vielmehr wird gesagt, der Freie Kredit sei nur schwer plan- und steuerbar und es wird auf die nun überarbeiteten Richtlinien verwiesen. Daher ist die SVP der Ansicht, dass der Stadtrat dieses viele Geld nicht dringend und auch nicht wirklich braucht. Die SVP stört sich an diesem «Sonderkässeli», aus dem der Stadtrat Ausgaben tätigt, bei denen die Empfänger nicht bekannt sind und der Gemeinderat nichts dazu zu sagen hat. Aus diesem Grund stellt die SVP den Streichungsantrag für diesen Budgetposten.

Rebekka Wyler (SP) hält fest, dass die Mehrheit der RPK auch dieses Jahr die Streichung des Freien Kredits ablehne. Sie betont, dass der Stadtrat diesbezüglich die Information gegenüber der RPK massiv verbessert habe. Im Rahmen der Budgetlesung habe die Kommission das neue Reglement zum Freien Kredit erhalten. Dieses verhindere unter anderem, dass Anlässe, die bereits städtische Unterstützung erhielten, auch noch in den Genuss von Geldern aus dem Freien Kredit kämen. Daher lehne eine Mehrheit der RPK den Streichungsantrag ab.

S. 095	10 1015 3194 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
		Stadtrat	Freier Kredit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
009.	Antrag Stadtrat			635'000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		635'000		0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Ausgaben transparent budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 010.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP) führt aus, dass die Minderheit der RPK mit der Begründung für die Ausgabe im Budget im Allgemeinen und insbesondere mit der budgetierten Mehrausgabe von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr nicht zufrieden sei. Die Beantwortung der Frage nach dem Grund für die Mehrausgaben sei sehr kurz und unbefriedigend ge-

wesen. Es sei lediglich auf die Begleitung eines Projekts verwiesen worden. Ein detaillierter Projektbeschrieb sei jedoch nicht vorgelegt worden. Vielmehr sei ein Personalwechsel in der Stadtkanzlei als Begründung angeführt worden. Die genaue Planung sei der RPK auch bis heute nicht bekannt. Demnach werde das Geld auch nicht so dringend gebraucht.

Die RPK-Minderheit beantrage daher eine Kürzung des Budgetpostens um 100 000 Franken.

Rebekka Wyler (SP): Ich gebe Monika Erfigen (SVP) insofern recht, dass es sehr lange gedauert hat, bis die RPK die nötigen Informationen erhalten hat.

Bei dieser Position geht es um eine externe Projektbegleitung der Internetdienste. Die Mehrheit der RPK ist mit der erhaltenen Antwort zufrieden und hält diese zudem für eine sinnvolle Einrichtung. Daher bitten wir Sie, den Antrag der SVP abzulehnen.

S. 097	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1020	Stadtkanzlei			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat			139'000	Mehrheit
		100'000		39'000	Minderheit
					Enthaltung
					Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Samuel Dubno (GLP)
		Begründung: Unbefriedigende Begründung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 42 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 011. und 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP) moniert, dass im Budget 2012 Personalmehrkosten für die Vormundschaftsbehörde enthalten seien, obwohl das entsprechende Gesetz erst 2013 in Kraft trete. Daher brauche es im nächsten Jahr kein zusätzliches Personal. Die Zürcher Gerichte, die sich in Zukunft hauptsächlich mit dieser Thematik befassen müssten, hätten schliesslich auch keine zusätzlichen Stellen beantragt. Daher beantrage die Minderheit der RPK die Streichung dieser Budgetposition.

Rebekka Wyler (SP): Uns wurde erklärt, was das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht beinhalten wird und weshalb 2012 schon zusätzliche Ressourcen nötig sind. Das neue Recht stärkt die Selbstbestimmung der Betroffenen und beinhaltet dementsprechend mehr individuelle Abklärungen und Massnahmen. Der dadurch entstehende Mehraufwand wird auf etwa 20 Prozent geschätzt. Auf die Stadtzürcher Vormundschaftsbehörde umgemünzt, bedeutet das die Schaffung von elf neuen Stellen. Im Budget 2012 wurden auf Antrag der Vormundschaftsbehörde lediglich neun Stellen budgetiert.

Es handelt sich hierbei nicht um eine Budgetierung auf Vorrat, sondern um die Umsetzung von gesetzlich übergeordneten Vorgaben mit den dafür nötigen Ressourcen, dies

im Interesse der betroffenen Kinder und Erwachsenen. Die Mehrheit der RPK lehnt daher die beiden Anträge der SVP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die nötigen Abklärungen und Massnahmen können erst dann getroffen werden, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist, also 2013. Darum sehe ich nicht ein, weshalb die neun Stellen bereits 2012 geschaffen werden müssen. Es ist nichts Anderes als eine Budgetierung auf Vorrat.

S. 101	10 1030 3010 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Vormundschaftsbehörde Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat				6'878'800	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			379'400		6'499'400	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Budget auf Vorrat (Erwachsenenschutzrecht)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 012.

Wortmeldungen siehe Antrag 011.

S. 103	10 1030 3913 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Vormundschaftsbehörde Vergütung an IMMO für Raumkosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				863'500	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			79'800		783'700	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Budget auf Vorrat (Erwachsenenschutzrecht)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 013.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP) betont, dass die RPK zu gewissen Kürzungen im Budget bereit sei. Zu diesen gehöre auch die Nichtbesetzung von vier Kommunikationsstellen. Da nicht klar sei, wo die Vakanzen aufträten, handle es sich hierbei um einen Pauschal Antrag über die gesamte Verwaltung. Für die Mehrheit der RPK sei diese Kürzung angesichts anderer dringenderer Bedürfnisse vertretbar. Daher bitte sie um Zustimmung zur Kürzung von 200 000 Franken.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hält in ihrer Motion genau fest, wo die Kommunikationsstellen gekürzt werden sollen. Dass dies anscheinend möglich ist, zeigen die beiden anderen gleich gearteten Anträge. Wir sind aber der Meinung, dass das schneller gehen sollte und beantragen Ihnen daher eine Kürzung um 400 000 Franken.

Roland Scheck (SVP): Kommunikation sollte zentral an einer Stelle konzentriert werden, ansonsten ergeben sich Wildwuchs, Doppelspurigkeiten und Widersprüche. Momentan weist die Verwaltung ein Total von 85 Kommunikationsstellen auf. In diesem Sinne kann tatsächlich von Wildwuchs gesprochen werden. Zu dieser Erkenntnis ist der Stadtrat aber nur dank einer Motion gelangt. Dem Handlungsbedarf muss mit dem Budget entsprechend Nachdruck verliehen werden. Acht Stellen lassen sich durch eine Reorganisation auf jeden Fall einsparen. Mit den verbleibenden 77 Stellen ist weiterhin die Kommunikation in den Kernbereichen gewährleistet und zudem steht damit aus unserer Sicht mehr Kapazität zur Verfügung als vorher, da man sich nicht auch noch um die Leistung anderer kümmert. Die SVP unterstützt darum den Antrag der RPK-Minderheit.

S. 106	10 1060 3010 0810	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Reduktion Kommunikationsstellen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
013.	Antrag Stadtrat	400'000		0 -400'000	Minderheit	Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
		200'000		-200'000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung:

Minderheit: 8 v. 85 Stellen durch Nichtbesetzung v. Vakanzen oder Neuanstellung aufheben

Mehrheit: 4 v. 85 Stellen durch Nichtbesetzung v. Vakanzen oder Neuanstellung aufheben

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (-200'000) 78 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 014.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die RPK-Minderheit hat kein Verständnis für freiwillige Prämien. Zum einen da die städtischen Angestellten über fürstliche Saläre und beneidenswerte Sozialleistungen verfügen und zum anderen, weil diese Personen als erste auf die Strasse gehen, um gegen die Boni der Banker zu demonstrieren. Zudem muss der Steuerzahler die Prämien berappen und kann sich nicht dagegen wehren, wohingegen der Besitz von Aktien einer Gesellschaft freiwillig ist und die Aktionäre die Prämien bzw. die Boni bezahlen müssen. Die SVP lehnt daher die Erhöhung der Position um 4,5 Mio. Franken ab. Ausserordentliche Leistungen und Stellvertretungen bzw. erhöhte Arbeitspensen sind ein Muss und müssen nicht noch extra honoriert werden.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK-Mehrheit lehnt den Antrag der SVP ab, nicht zuletzt wegen der Lohnnullrunde von 2011 für das städtische Personal. Zudem sind die Prämien im Personalgesetz verankert.

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3010 0858	Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
014.	Antrag Stadtrat			22'500'000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		4'500'000		18'000'000	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Freiwillige Prämien				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP) stört sich daran, dass der Stadtrat die Realloohnerhöhung mit der Aussage begründet, das städtische Personal habe bereits eine Nullrunde hinter sich. Das sei doch etwas zynisch. Immerhin erhalte das städtische Personal im Gegensatz zur Privatwirtschaft automatisch einen Teuerungsausgleich und müsse keine Angst vor mehrjährigen Lohnkürzungen haben. Daher beantrage die Minderheit, die Realloohnerhöhung zu streichen.

Rebekka Wyler (SP): Bereits mehrfach wurde die Nullrunde von 2011 erwähnt. Aus diesem Grund, und weil die städtischen Löhne in verschiedenen Bereichen und vor allem in höheren Funktionsstufen nicht mehr konkurrenzfähig sind, sollen die städtischen Angestellten 2012 eine Realloohnerhöhung erhalten. Dies stärkt den Konsum, was nicht zuletzt auch der Wirtschaft zugutekommt. Dabei darf auch der steigende Beitrag des Personals an die Sanierung der Pensionskasse nicht vergessen werden. Die Mehrheit der RPK begrüsst daher die Realloohnerhöhung als Ausdruck der Wert-

schätzung gegenüber dem Personal und lehnt den Streichungsantrag der SVP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP) meldet Zweifel bezüglich der angeblichen Stabilisierung der Lohnsumme an. Immerhin betrage der Personalaufwand im Budget 2002 1,85 Mia. Franken. Dieser Betrag steige im Budget 2012 auf 2,6 Mia. Franken an. Errechne man den Aufwand pro Einwohner ergäben sich folgende Zahlen: 2002 5 000 Franken pro Einwohner und 2012 bereits 6 729 Franken pro Einwohner. Aus seiner Sicht steige der Personalaufwand weiterhin unaufhaltsam an, nicht nur insgesamt, sondern auch pro Einwohner. Er wehre sich daher dagegen, wenn nun behauptet werde, die SVP wolle auf Kosten des Personals sparen. Immerhin sprächen die Zahlen Bände.

Salvatore Di Concilio (SP) erinnert daran, dass die Stadt inzwischen aber 27 000 Einwohner mehr habe. Am letzten Wochenende sei in Zürich-West eine Tramlinie eröffnet worden. Diese neuen Trams müssten aber auch von jemandem gefahren werden. Daher wolle er, dass das Personal gut behandelt und dementsprechend anständig bezahlt werde.

Walter Angst (AL): Aufgrund der Budgetrückweisung 2011 waren 14,5 Mio. Franken für individuelle Lohnerhöhungen nicht im Budget enthalten.

Der Stadtrat präsentiert uns nun einen Vorschlag, mit dem er eine generelle Lohnerhöhung um 0,5 Prozent beantragt, um dieses Manko zu kompensieren. Dies entspricht den aufgeführten 8,5 Mio. Franken. Zudem werden 3,5 Mio. Franken für den Nachvollzug des SLS eingestellt. Damit sind wir bei 12 Mio. Franken und unter dem, was mit dem Personal ausgehandelt wurde.

Die AL ist der Meinung, dass 0,5 Prozent doch etwas gering und nicht das Signal sind, das das Personal braucht. Vielmehr vertreten wir die Ansicht, dass es sinnvoll ist, ohne Erhöhung des Budgets dem Personal eine generelle Lohnerhöhung von 1 Prozent zu gewähren. Damit würde sich die Stadt wieder im Durchschnitt mit anderen grossen Betrieben befinden und ein klares Signal setzen, welches in Form der erbrachten Leistungen durch das Personal zurückgegeben wird. Daher bitte ich Sie, den Streichungsantrag abzulehnen und in einen zweiten Schritt unserem Postulat zuzustimmen.

Monika Erfigen (SVP): 27 000 Einwohner entsprechen einer Zunahme der Bevölkerung um 5,7 Prozent. In der gleichen Zeitspanne hat der Personalaufwand aber fast um 30 Prozent zugenommen. In diesem Zusammenhang ist eine Diskussion über Reallohnerhöhungen sicher angebracht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: 2002 musste eine Lohnmassnahme sistiert werden, da sie bei ihrer unveränderten Fortführung unbezahlbar geworden wäre. Das Personal musste sich in den vier darauffolgenden, wirtschaftlich guten Jahren mit einem eingefrorenen Lohn begnügen. Danach wurden faire Lohnmassnahmen eingeführt.

Im letzten Jahr trat aufgrund der Budgetrückweisung wieder ein Aussetzer auf. Den Vergleich mit der Privatwirtschaft, wie Coop oder Migros, finde ich gegenüber dem Personal unfair. Denn es hat in den guten Zeiten nichts erhalten, während die anderen Arbeitnehmenden in der Privatwirtschaft sehr wohl in den Genuss von Lohnmassnahmen kamen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass 0,5 Prozent ein wichtiges und richtiges Signal sind. Das Budget ist ausgeglichen, was als Voraussetzung für die Durchführung von Lohnmassnahmen definiert wurde.

Wir bekunden bereits heute Mühe bei der Rekrutierung von Leuten für die mittleren und oberen Kader. Dauert dieser Zustand an oder verschärft er sich gar noch, verlieren wir

unsere Funktion als guter Dienstleister, nicht nur gegenüber den Bürgern, sondern auch gegenüber den Firmen, die sich eine gute Verwaltung als Ansprechstelle wünschen. Daher bitte ich Sie, der Realloohnerhöhung zuzustimmen. Der Stadtrat lehnt die beiden nachfolgenden Postulate ab. Zum einen möchte er die Teuerung klar von den Lohnmassnahmen trennen, und zum anderen ist eine Begrenzung der Lohnsumme während fünf Jahren eine sehr unflexible Massnahme.

S. 106	10 1060 3010 0917	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den bisherigen Lohnmassnahmen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat				23'125'500	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			8'500'000		14'625'500	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Realloohnerhöhung streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

2108. 2011/450

Postulat der AL-Fraktion vom 07.12.2011:

Volle Ausschöpfung des budgetierten Betrags für die Lohnmassnahmen 2012

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Walter Angst (AL) begründet namens der AL-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2053/2011).

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) wehrt sich gegen eine Realloohnerhöhung, vor allem da sie durch nicht verwendete Mittel für den Teuerungsausgleich finanziert werden soll. Die Geschichte zeige, dass man dann erfolgreich gewesen sei, wenn tripartistisch Lohnmässigung betrieben worden sei. Unverhältnismässige Lohnforderungen hingegen hätten zu Misserfolg geführt. Das Postulat gehöre seines Erachtens zu den erfolglosen Exzessen der Lohnforderungen. Daher sei es abzulehnen.

Katrin Wüthrich (SP): Dem städtischen Personal muss Sorge getragen werden, wozu auch ein angemessener Lohn gehört. Die Stadt Zürich muss die für das Personal bereitgestellten Mittel auch wirklich nutzen und die abgemachten Massnahmen umsetzen. Stimmen Sie daher bitte dem Postulat zu.

Walter Angst (AL): Es ist aus meiner Sicht unbestritten, dass wir eine Minussteuerung haben. Insgesamt geht es der AL um 8,5 Mio. Franken, die sie mehr ausschöpfen will. Das entspricht meines Erachtens genau der Kompensation, die nach der letztjährigen Nullrunde angebracht ist. Insgesamt sprechen wir von 17 Mio. Franken, die nicht einmal das decken, was die städtischen Angestellten aufgrund der neuen Regelungen für die

Pensionskasse mehr bezahlen müssen. Wenn wir bei 0,5 Prozent bleiben, hat das Personal nächstes Jahr erheblich weniger Geld in der Tasche. Mit 1 Prozent würde der Verlust doch etwas gemindert, wenn auch nicht vollständig kompensiert. Das sind wir dem Personal schuldig. Vor allem da erst im Februar 2012 klar sein wird, wie viel weniger in diesem Jahr für den Teuerungsausgleich ausgegeben werden musste.

Rebekka Wyler (SP): *Die SP unterstützt das Postulat der AL. Es erscheint mir doch etwas seltsam, dass die SVP in diesem Zusammenhang mit Lohnmässigung argumentiert, während sie die Lohnexzesse in der Privatwirtschaft regelmässig rechtfertigt. Das finde ich unsäglich.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die EVP ist der Meinung, dass das städtische Personal gut behandelt werden soll. Aus diesem Grund hat sie auch der Realloohnerhöhung von 0,5 Prozent zugestimmt. Die Begründung der AL für ihr Postulat ist uns aber zu wenig überzeugend. Vielmehr möchten wir in einem nächsten Budget wieder eine massvolle Lohn-erhöhung gewähren können, wenn es die wirtschaftliche Lage erlaubt. Das Personal wird zudem in ähnlichen Betrieben gleich behandelt und erhält im nächsten Jahr auch keine Teuerungszulage. Aus diesem Grund wird die EVP das Postulat ablehnen.*

Christoph Spiess (SD) *erinnert sich, dass vorher von fürstlichen Löhnen im öffentlichen Dienst gesprochen worden sei. Beim öffentlichen Dienst diskutiere die ganze Welt mit, was eine angestellte Person verdiene. Das sei auch richtig so. Von fürstlichen Löhnen könne aber keine Rede sein. Im privaten Sektor werde hingegen ein grosses Geheimnis um den Lohn gemacht, da eine Person vielleicht sonst noch merken würde, dass sie über den Tisch gezogen werde. Zudem weise der öffentliche Dienst in den letzten Jahren im Vergleich zur Privatwirtschaft eine geringe Lohnentwicklung auf. Es sei aber eine Tatsache, dass der öffentliche Sektor bezüglich Lohn zunehmend nicht mehr konkurrenzfähig sei, nicht nur in den Kaderpositionen, sondern auch eine Stufe darunter. Es sei ihm klar, dass gewisse Leute sich von der Gewerkschaft Lohnmässigung wünschten. Das sei aber aus seiner Sicht nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft, sondern sie müsse parteiisch und kämpferisch sein. Der daraus resultierende Kompromiss sei eine gute helvetische Erfindung. Aus diesen Überlegungen würden die Schweizer Demokraten das Postulat unterstützen, da damit dem Personal etwas zurückgegeben werden könne. Er kritisiert zudem den Index der Konsumentenpreise, da darin seines Erachtens viele steigende Ausgaben, wie die Krankenkassenprämien, nicht berücksichtigt würden.*

Roger Liebi (SVP) *findet es interessant, dass ausgerechnet die Schweizer Demokraten diesen Vorstoss unterstützten. Immerhin erinnere er sich an einen Artikel im Blick, in dem im Zusammenhang mit Mindestlöhnen das SD-Gemeinderat Blöchlinger erwähnt worden sei, und zwar nicht in positiver Weise. Er regt an, vielleicht die Zahl der Mitarbeiter zu reduzieren, aber weiterhin die gleiche Lohnsumme ausbezahlen. Damit könne das Ziel der AL auch erreicht werden.*

Christoph Spiess (SD) *bestätigt, dass ein solcher Artikel erschienen sei. Die Partei habe daraufhin Patrick Blöchlinger befragt, der die nötigen Antworten geliefert habe. Auffällig sei, dass sich diese Geschichte nachher im Sand verlaufen habe, was doch darauf hindeute, dass nichts Wahres daran gewesen sei. Er sei davon überzeugt, dass Patrick Blöchlinger ein anständiger Arbeitgeber sei.*

Das Postulat wird mit 61 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2109. 2011/456

**Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011:
Begrenzung der Lohnsumme während 5 Jahren auf den Wert des Budgets 2012**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Roger Liebi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2059/2011): Aufgrund der bisherigen Diskussion und des Ausgabenwachstums im Personalkostenbereich beantrage ich Ihnen, eine Plafonierung der Lohnsumme während fünf Jahren auf dem Wert des Budgets 2012. Denn die Fachleute sind sich einig, dass die wirtschaftlich schwierige Zeit nicht nur die nächsten zwei, sondern die nächsten fünf bis acht Jahre andauern wird. Dem muss Rechnung getragen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Daniel Meier (CVP) stellt die Umsetzung und die Machbarkeit des Vorstosses infrage. Damit sei die CVP nicht einverstanden und lehne das Postulat in dieser Form ab. Bei der Durchsicht des Finanzplans 2013-2015 habe man sinkende Erträge und weiter steigende Ausgaben festgestellt. Er sei der Ansicht, dass in einem Betrieb mit über 20 000 Angestellten für zusätzliche Aufgaben nicht dauernd neue Stellen geschaffen werden müssten. Vielmehr müsse dies intern organisiert werden. Daher beantrage die CVP, das Wort «Lohnsumme» durch den Ausdruck «Stellenwerte» zu ersetzen. Stimme die SVP der Textänderung zu, werde die CVP das Postulat unterstützen.

Mauro Tuena (SVP) verweist auf ein Zeitungsinterview von Stadtrat Martin Vollenwyder, in dem er äussert, dass er auch nicht wisse, weshalb das Stellenwachstum so ausgeprägt sei. Vielmehr beunruhige ihn aber die Begründung, dass die Aufgaben viel komplizierter geworden seien. Er würde gerne wissen, welche Aufgaben das seien, die beispielsweise so viele Kommunikationsstellen in den einzelnen Departementen und die Aufblähung der Departementssekretariate nötig machten.

Dr. Urs Egger (FDP): Es ist ein altes Anliegen der FDP, das Stellenwachstum in einem vernünftigen Mass zu begrenzen, sodass die Finanzen dadurch nicht immer zusätzlich belastet werden. Das ursprüngliche Postulat der SVP wäre von uns nicht unterstützt worden. Der Textänderungsantrag der CVP entspricht aber unserer langjährigen Position. Die Dynamik gewisser Verwaltungsbereiche ist uns durchaus bewusst, beispielsweise in den Schulen und im Gesundheitswesen. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass in gewissen Bereichen ein Stellenabbau möglich ist, was durch die vorherige Diskussion zu den Kommunikationsstellen bestätigt wird.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Plafonierung ist ein Dauerauftrag, den der Gemeinderat dem Stadtrat schon vor Jahren gegeben hat. Trotzdem ist meines Wissens die Zahl der Stellen jedes Jahr weiter angewachsen, und dies gemäss SVP sogar überproportional zur Bevölkerung und zur Teuerung, wenn man die Lohnsumme berücksichtigt. Ich bin davon überzeugt, dass eine wachsende Bevölkerung zwar mehr Arbeit mit sich bringt, gleichzeitig aber auch Synergien schafft, wodurch die Stellenzahl nur unterproportional anwachsen dürfte, ausser in den Schulen und in der Pflege. Aus diesen Überlegungen und auch weil fünf Jahre keine Ewigkeit sind, werden wir dem abgeänderten Vorstoss zustimmen. Sollten aber in dieser Zeitspanne der Stadt vom Kanton wiederum so viele Aufgaben zugeteilt werden, sehen wir die Notwendigkeit der Schaffung von neuen Stellen durchaus ein. Schliesslich soll die Stellenzahl aber nun endlich stabilisiert werden. Dadurch müssen keine Leute entlassen werden. Vielmehr sollen Synergien

genutzt und Leute umgeschult werden.

Walter Angst (AL) beklagt sich, dass die Ratsmitglieder anscheinend den Finanzplan nicht gelesen hätten. Auf Seite 10 sei nämlich aufgeführt, was es brauche, um die vom Gemeinderat beschlossenen Leistungen erfüllen zu können. Er sei neugierig, wo und wie diese Zusatzausgaben kompensiert werden sollen. Zudem habe er das Gefühl, dass sich viele der Konsequenzen einer Annahme dieses Vorstosses nicht bewusst seien.

Gian von Planta (GLP): Das Postulat genießt bei der GLP gewisse Sympathien. Denn auch wir machen uns Sorgen wegen des Stellenwachstums. In dieser Form halten wir den Vorstoss aber für sinnlos, da bereits eine Stellenplafonierung besteht und deren Einfluss sehr beschränkt ist. Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum ist uns zudem nicht ganz klar, wo die Stellen eingespart werden sollen.

Roger Liebi (SVP) ist erstaunt über die Kritik seitens der GLP. Die Partei hätte seines Erachtens genug Zeit gehabt, um selbst einen Vorschlag vorzubringen, mit dem das Problem gelöst werden könnte. Das zeuge für ihn von mangelndem Willen. Er erklärt sich mit dem Textänderungsantrag der CVP einverstanden. Er sehe ein, dass die ursprüngliche Formulierung wahrscheinlich etwas zu einschränkend sei.

Michael Baumer (FDP): Es gehört zum politischen Prozess, dass gewisse Anliegen immer wieder eingebracht werden müssen, bis die Exekutive auch dementsprechend handelt. Selbstverständlich nützt dieser Vorstoss etwas. Der Verwaltung soll so im Rahmen des Budgetprozesses mitgeteilt werden, dass ein weiteres Stellenwachstum nicht im Sinne des Gemeinderats ist. Denn es ist die strategische Aufgabe des Stadtrats, die Aufgaben und ihre Ausgestaltung immer wieder zu überprüfen. Wenn der GLP der vorliegende Vorstoss so nicht passt, hätte sie einen Textänderungsantrag stellen und dem Vorstoss schliesslich zustimmen können. So müssen wir aber davon ausgehen, dass sie die Problematik nicht erkennt, dass nämlich die Ausgaben weiter ansteigen, aber die Einnahmen stagnieren.

Karin Rykart Sutter (Grüne) erinnert daran, dass die Stellenbeschlüsse auf dem Internet öffentlich einsehbar seien und zugleich ersichtlich werde, weshalb die neuen Stellen geschaffen würden. Sie bitte den Gemeinderat, diese Beschlüsse zu lesen, dann werde auch klar, dass die Stellen nötig seien.

Florian Utz (SP): Der Antrag der CVP erstaunt mich, da sie im Budget 2012 sowohl die Auffassung vertritt, es würden zu wenig neue Stellen geschaffen, als auch gleichzeitig eine Stellenplafonierung fordert. Ein Minimum an Kohärenz wäre doch wünschenswert. Auch die Haltung der EVP überrascht ihn etwas. Will sie doch einem Vorstoss zustimmen, der den Ausgleich verhindern will, obwohl sie der Ansicht ist, dass mit dem Bevölkerungswachstum auch eine Zunahme der Stellenzahl einhergeht. Hier hätte es aus seiner Sicht einen Textänderungsantrag gebraucht. Zudem zeigt auch die FDP eine ambivalente Haltung in dieser Frage. Ein Minimum an Logik darf auch in einer langen Budgetdebatte erwartet werden.

Dr. Martin Mächler (EVP) findet es seltsam, dass man sich über Jahre grosszügig über ein überwiesenes Postulat hinwegsetzt. Ihm gehe es darum, dass nicht für jede neue Aufgabe eine neue Stelle geschaffen werde, ohne dass überlegt werde, ob diese neue Aufgabe nicht auch von bisherigen Mitarbeitenden übernommen werden könnte, die eine andere Aufgabe nicht in der gleichen bisherigen Intensität weiterführen müssten.

Roger Tognella (FDP): Es ist richtig, dass die FDP seit Jahren die Überprüfung und Überwachung der Aufgaben fordert. Dies ist meines Erachtens der SP bis heute fremd.

Die GLP bietet heute Abend eine Herausforderung, die angenommen werden muss. Sie verlangt im Prinzip – zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien und den Parteien der Mitte – einen verbindlichen Auftrag zur Aufgabenüberprüfung und die Anbindung derselben an einen bestimmten Betrag für das nächste Budget. Ich finde es allerdings schade, dass die GLP dem abgeänderten Vorstoss nun nicht zustimmen kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder führt aus, dass er in diesem Jahr schon ein paar Mal habe erleben müssen, dass Bewerber eine Stelle aufgrund des tiefen Salärs abgelehnt hätten. Das sei die Realität.

Er wehre sich gegen den Vorwurf, er habe eine Dringliche Schriftliche Anfrage flapsig beantwortet. Immerhin sei die Zahl der zu begründenden neuen Stellen enorm gewesen. Er möchte festhalten, dass in der gleichen Zeitspanne die Zahl der Auszubildenden von 350 auf über 1 000 angewachsen sei, was natürlich auch Ressourcen binde. Über die Schaffung von neuen Lehrstellen hätte sich der Gemeinderat aber bisher noch nie beschwert, im Gegenteil. Auch das Gewerbe sei dafür dankbar.

Die Aufgaben seien aufgrund von kantonalen und eidgenössischen Gesetzen komplexer geworden. Darauf habe man aber keinen Einfluss. Es entsetze ihn aber ein wenig, dass Walter Angst (AL) heute Abend ständig darauf hinweisen müsse, dass der Stadtrat das Geforderte bereits erfüllt habe. Er verweise in diesem Zusammenhang ebenfalls auf Seite 10 des Finanzplans. Er zählt einige Beispiele von Zusammenlegungen aus seinem eigenen Departement auf.

Zudem moniert er, dass nicht nur der Bruttoaufwand betrachtet werden könne, sondern auch die Erträge der Stellen beachtet werden müssten, wie beispielsweise bei der Glattalbahn. Er halte die Plafonierung, egal ob von Stellen oder von der Lohnsumme, für unseriös. Daher werde der Stadtrat auch das geänderte Postulat nicht entgegennehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP) vermisst in den Ausführungen von Stadtrat Martin Vollenwyder die Aufzählung der Aufgaben, die sich die Stadt selber gebe, wie beispielsweise die Teilnahme an Kongressen im Ausland. Dort sei sicher Sparpotenzial vorhanden.

STR Martin Vollenwyder: *Zürich ist eine internationale Stadt. In diesem Zusammenhang muss hin und wieder jemand an solche Veranstaltungen reisen. Wenn man mit diesen Beträgen die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ich bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat, mit Beginn ab Budget 2013, Budgetentwürfe so auszugestalten, dass die ~~Lohnsumme~~ Stellenwerte des Budget 2012 während 5 Jahren maximal konstant gehalten wird.

Das geänderte Postulat wird mit 52 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 97, Protokoll-Nr. 2094/2011).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2110. 2011/495

Motion von Hans Jörg Käppeli (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 14.12.2011: Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV

Von Hans Jörg Käppeli (SP) und Thomas Wyss (Grüne) ist am 14. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung mit mindestens hälftiger Beteiligung des ZVV vorzulegen, um einen Konzeptentscheid herbeizuführen, die Linienführung festzulegen, den Raum zu sichern und die Finanzierung für das Tram nach Affoltern verbindlich zu vereinbaren.

Begründung:

Das boomende Quartier Affoltern braucht dringend eine leistungsfähigere Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr. Der Kanton Zürich hat deshalb für das Agglomerationsprogrammes des Bundes ein Projekt in der Kategorie B für eine Realisierung nach 2018 angemeldet.

Damit von diesen Bundesmittel profitiert werden kann, muss die Planung jedoch jetzt in Angriff genommen werden. Für Infrastrukturbauten im öffentlichen Verkehr ist der ZVV (Kanton) zuständig. Die Stadt muss lediglich für ergänzende Bauten selber aufkommen. Die Finanzierung erfolgt primär durch den Bund und den Kanton (ZVV). Der ZVV ist deshalb zwingend von Anfang an in die Projektierung und die Finanzierung einzubinden.

Zur Zeit sind noch verschiedene Linienführungen in Diskussion: Wehntalerstrasse, Regensbergstrasse und Binzmühlestrasse. Trotz ausstehendem Linienführungsentscheid wurden jedoch bereits erste Vorinvestitionen getätigt. Damit weitere Vorinvestitionen am richtigen Ort erfolgen, ist ein Linienführungsentscheid dringend nötig. Für die verbindliche Zusicherung der Finanzierung braucht es eine klare Vorstellung über den Zeitraum der Realisierung.

Mitteilung an den Stadtrat

2111. 2011/496

Postulat von Kathy Steiner (Grüne) und Simone Brander (SP) vom 14.12.2011: Bericht über die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung

Von Kathy Steiner (Grüne) und Simone Brander (SP) ist am 14. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat in 2 Jahren einen Bericht – unter Anhörung einer Fachkommission gemäss Art. 3 Prostitutionsgewerbeverordnung – vorzulegen, der die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung darstellt.

Begründung:

Da Prostitution ein Gewerbe ist mit besonderen Schutzbedürfnissen für sich prostituierende Personen und die Bevölkerung vor negativen Begleiterscheinungen zu schützen ist, ist es gerechtfertigt, nach zwei Jahren die wesentlichsten Entwicklungen dargestellt zu bekommen. Insbesondere soll über die Auswirkungen der neu eingeführten Bewilligung zur Strassenprostitution berichtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2011, 20:30 Uhr.